

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Kurz kommentiert: EG-Währungspolitik - Gegenboykott - Ölkonzerne - OAPEC - Energieversorgung

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1973) : Kurz kommentiert: EG-Währungspolitik - Gegenboykott - Ölkonzerne - OAPEC - Energieversorgung, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 53, Iss. 12, pp. 619-620

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134618>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

KURZ KOMMENTIERT

EG-Währungspolitik

Vertagte Gemeinsamkeit

Um den Europäischen Währungsfonds funktionsfähiger zu machen und ihn als Keimzelle eines europäischen Notenbanksystems auszubauen, hat die EG-Kommission im Juni dieses Jahres neben dem Ausbau des kurzfristigen Währungsbeistandes eine Vergemeinschaftung der Währungsreserven vorgeschlagen. Sie sollte am 1. Januar 1974 mit einer Einzahlung von 20% beim Währungsfonds beginnen und 1980 abgeschlossen sein.

Dieser Zeitplan wurde vom EG-Ministerrat auf seiner Tagung Anfang Dezember aber nicht akzeptiert. Statt dessen sollen die Probleme der Vergemeinschaftung im Rahmen des Ausschusses der Zentralbankpräsidenten und des Währungsausschusses nochmals erörtert werden, so daß der Ministerrat Mitte 1974 endgültig entscheiden kann.

Die „Monetaristen“ der europäischen Integration mögen diese Verzögerung bedauern. Sie ist aber notwendig, denn bisher konnte die Gemeinschaft von ihren Zielen der ersten Stufe zur Wirtschafts- und Währungsunion nur die Bandbreitenverringering realisieren. Damit ergibt sich beim Übergang in eine zweite Stufe ohne Zweifel eine recht traurige Bilanz, zumal das verengte Währungsband nicht für alle Mitgliedstaaten gilt. Außerdem existieren in der Gemeinschaft mehrere gespaltene Devisenmärkte und eine kaum zu überschauende Anzahl unterschiedlicher Kapitalverkehrskontrollen.

Bei diesem Bild der Zerrissenheit kann auch eine beginnende Vergemeinschaftung der Reserven keine gemeinsame Währungspolitik dokumentieren. Es würden im Gegenteil neue Probleme hinzukommen, denn bei einer verstärkten Stellung des Währungsfonds liegt die Gefahr nahe, daß unrealistische Paritäten zu lange verteidigt und damit neue Inflationsquellen geschaffen werden. Die EG sollte sich davor hüten, ohne flankierende Maßnahmen bei den Ablaufs- und Bereichspolitiken eine Währungsordnung zu schaffen, die zunehmend an Flexibilität verliert, so daß zwangsläufig die alten Fehler des Bretton-Woods-Systems wiederholt werden.

Gegenboykott

Wenig Aussichten auf Erfolg

Ein Handelskrieg als Vergeltungsmaßnahme gegen den arabischen Ölboykott ist aus vielen Gründen wenig erfolgversprechend. Zunächst ist das Zustandekommen einer einheitlichen Exportboykottstrategie bei den gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Interessen der einzelnen In-

dustrielländer unrealistisch. Großbritannien und Frankreich sind schon aufgrund ihrer bisherigen Erfahrungen nicht bereit, eine Exportembargopolitik zu unterstützen; den USA würde es schwerfallen, ihre Exportmärkte aufzugeben, und wie Japan über solche Vergeltungsmaßnahmen denkt, kann aus den jüngsten Stellungnahmen der Regierung zugunsten der arabischen Länder abgelesen werden.

Selbst wenn die westlichen Industrieländer eine gemeinsame Vergeltungspolitik beschließen würden, bliebe die Frage, ob sie geeignet wäre, diese Länder zu einer Änderung ihres Verhaltens zu zwingen. Von einem Exportembargo würden die arabischen Länder sehr unterschiedlich betroffen. Ägypten, Syrien und Irak sind schon jetzt relativ unabhängig von Importen aus kapitalistischen Staaten. Sie haben im Zuge der Verschlechterung der Beziehungen zu den westlichen Industrieländern ihre Verbindungen zu den Ostblockländern so verstärkt, daß sie in der Lage sind, ein totales Exportembargo der westlichen Länder zu verkraften, ohne ihre Wirtschaft in eine ernsthafte Gefahr zu bringen. Auch der Gedanke, diese Staaten durch ein Getreideembargo unter Druck zu setzen, ist vor dem Hintergrund der Rekordernte in den UdSSR unhaltbar.

Anders dagegen ist die Lage von Saudi-Arabien, Kuwait und der anderen Scheichtümer am persischen Golf sowie auch von Libyen und Algerien. Sie sind in ihren Außenhandelsbeziehungen westlich orientiert und waren dank ihrer hohen Erdöleinnahmen gute Kunden der westlichen Industrieländer. Ihnen würde es sehr schwer fallen, den Importausfall zu ersetzen. Allerdings könnten sie entweder ihre Beziehungen mit den Ostblockländern verstärken oder auf den Märkten von Drittländern ihren Importbedarf decken.

Ölkonzerne

Veränderte Rahmenbedingungen

Nach Ansicht von Systemkritikern verdeutlicht die Ölkrise wieder einmal, daß die Marktwirtschaft aus sich heraus – also ohne staatliche Eingriffe – eine gerechte Versorgung der Bevölkerung nicht gewährleisten kann. Folglich heißt die Devise: Verstaatlichung der internationalen Mineralölkonzerne.

Ob die Ölkonzerne die Krise wirklich dazu nutzen, ausschließlich ihr Gewinninteresse auf Kosten der Versorgung zu befriedigen, wird sich vielleicht nach Auswertung des Fragenkatalogs des Wirtschaftsministeriums beantworten lassen. Doch selbst wenn dies zuträfe, läge hierin gegenwärtig keine ausreichende Begründung für eine Verstaatlichung der Konzerne. In erster Linie geht es um

die Sicherstellung der laufenden Versorgung unserer Volkswirtschaft mit Erdöl, und mit einer Verstaatlichung der Konzerntöchter in der Bundesrepublik würde man sich nur zusätzliche Schwierigkeiten einhandeln.

Allerdings muß auf mittel- bis längerfristige Sicht bezweifelt werden, ob die ausländischen Ölgesellschaften je wieder wie in der Vergangenheit die Rolle der alleinigen Garanten eines wichtigen Teiles der Energieversorgung der Bundesrepublik übernehmen können. Hier haben sich die Rahmenbedingungen grundlegend gewandelt, und vieles deutet darauf hin, daß die Mineralölwirtschaft nicht mehr wie bisher von staatlichen Eingriffen verschont bleiben wird. Denn trotz eifriger Suche nach Substitutionsmöglichkeiten, trotz möglicher Gegenmaßnahmen werden wir uns – und das heißt: der Staat Bundesrepublik – unter dem Gesichtspunkt der Versorgungssicherheit auf längere Sicht mit den Scheichen arrangieren müssen. Der Weg zeichnet sich bereits deutlich ab: Die Beteiligung der arabischen Ölländer an deutschen Raffinerien und Absatzorganisationen unter Ausschaltung der internationalen Konzerne. rr

OAPEC

Stumpfe Waffe

Vor Beginn der Gipfelkonferenz der arabischen Länder in Algier forderte die halbamtliche Kairoer Zeitung „Al Achram“ die Teilnehmer auf, die Ölwanne durch Einsatz der Geldwanne zu verstärken. Die großen arabischen Devisenguthaben sollten zur Abschwächung der Währungen von israelfreundlichen Ländern verwendet werden.

Mit einer solchen Maßnahme dürfte aber nur wenig Sprengstoff verbunden sein. Die arabischen Geldmagnaten sind zwar mächtig und spielten zur Zeit der US-Dollarabschwächung sicherlich eine Rolle, doch wird diese öfter überschätzt. Denn es darf nicht vergessen werden, daß der Verfall des Dollars letztlich nichts anderes war als die Beseitigung seiner langjährigen Überbewertung.

Der Einsatz dieser Waffe ist aber auch unwahrscheinlich, weil er seitens der Araber eine sofortige Mobilisierung der Guthaben in voller Höhe bedingt. Da aber diese Gelder verschiedenen Eignern gehören, in unterschiedlichen Werten und in vielen Ländern angelegt sind, wird ihre Verwendung für strategische Zwecke nicht reibungslos erfolgen können. Im Gegensatz zum Ölembargo, das sogar noch Preiserhöhungen induziert, ist die Verwendung der Guthaben als Waffe zudem mit hohen Spekulationsrisiken verbunden.

Schließlich stehen dieser Politik auch die eigenen Investitionsbestrebungen der OAPEC-Länder im

Wege. In Saudi-Arabien werden die Ölquellen in ca. 50 Jahren versiegen, die von Bahrain auch bei vorsichtigem Abbau noch früher. Deshalb unternehmen diese Länder alle Versuche, ihre Gelder gewinnbringend für die Zukunft anzulegen. Konkrete Pläne Saudi-Arabiens im Umfang von 5 Mrd. US-Dollar liegen bereits vor. Die restlichen Ölländer werden diesen Schritten rasch folgen müssen, um den Anschluß an die Industrialisierung nicht zu verpassen. Die Ölmilliarden sind demnach zwar sehr zahlreich, aber nicht so beweglich, daß sie als Waffe wirkungsvoll eingesetzt werden können. arr

Energieversorgung

UdSSR als Lieferant?

Das sowjetische Erdöl spielt bisher für die Versorgung der westlichen Länder nur eine untergeordnete Rolle. Der gesamte Rohölverbrauch der westeuropäischen Staaten wird nur zu ca. 7% durch Exporte aus der UdSSR gedeckt. Zwar ist die Sowjetunion in der Lage, kurzfristig ihre Erdöllieferungen zu erhöhen, wie zur Zeit die Lieferungen in die BRD zeigen. Ob aber langfristig eine Steigerung der Erdölexporte möglich ist, erscheint angesichts der Produktions- und Verbrauchsentwicklung in der UdSSR zweifelhaft.

Der Zuwachs des Erdölverbrauchs war zwar in den letzten 15 Jahren immer kleiner als der Zuwachs der Produktion. Doch hat sich der Unterschied in den Zuwachsraten ständig verringert und ist in den letzten Jahren nahezu völlig verschwunden. Für den Zeitraum 1971 bis 1975 ist zudem vor allem als Folge der Steigerung der Automobilproduktion (PKW: + 266%, LKW: + 46%) ein verstärkter Erdölverbrauch zu erwarten. Auch besteht für die Sowjetunion eine gewisse Versorgungsverpflichtung gegenüber den übrigen RGW-Ländern, die fast 90% ihres Erdölbedarfs durch sowjetische Lieferungen abdecken.

Als Ergebnis läßt sich deshalb folgende Entwicklung prognostizieren: Die Wachstumsraten von Produktion und Verbrauch werden sich weiter annähern. Zwar wird die UdSSR auch mittelfristig gesehen in der Lage sein, einen gewissen Produktionsüberhang (für 1975 wird er auf etwa 100 Mill. t geschätzt) nach bevorzugter Versorgung der kleineren RGW-Länder in den Westen zu exportieren. Voraussetzung ist allerdings, daß die Ziele der Förderpläne erreicht werden; derzeit liegt z. B. die Förderung um rund 2 Mill. t unter dem Planwert. Dennoch ist abzusehen, daß die Erdölexporte der Sowjetunion in die westlichen Länder nicht ausreichen werden, um langfristig die eingeschränkten Erdöllieferungen der arabischen Länder in größerem Umfange auszugleichen. pw